

em seit ihm ein Mediziner als d eingestuft hatte, was der Be- ge aber vehement in Abrede Vielmehr machte er rein körper- erschwerden geltend, so beson- Darmbereich.

Donnerstag zeigte sich der Ange- te vor dem Bezirksgericht Zü- fassend geständig. Er habe sich Ärzten einfach über den Tisch gefühlt, gab er als Tatmotiv an. klage wollte der enttäuschte Pa- n Geschädigten einen Denket- assen. Vor allem da seine bereits zuvor erstattete Strafanzeige im rlaufen war.

Staatsanwaltschaft forderte we- rfacher Drohung eine Freiheits- von elf Monaten. Zudem die ung einer ambulanten Psycho-

Die Verteidigung und Waffenverbot

die Verteidigung setzte sich für ambulante Behandlung ein. Sie e jedoch eine erheblich mil- nktion von sechs Monaten. Mit

unkte das Gericht die Sanktion ables Jahr und ging bloss von en Drohungen aus. So sei nicht 1, dass die Opfer tatsächlich in nd Schrecken versetzt worden klärte die Gerichtsvorsitzende Bretschger.

lings liege alles andere als eine e vor, sagte sie. Das Gericht ord- Aufschub der Strafe zugunsten ambulanten Massnahme an und te dem Ex-Banker eine Vermin- der Schuldfähigkeit im mittel- n Grade.

und einer Überhaft von 135 Ta- ält der Angeschuldigte sogar ugtung von 13 500 Franken. Sicherheit der Öffentlichkeit zu sisten, sprach das Gericht aller- 1 Waffenverbot aus. So wurde eklagten sowohl der Erwerb als Besitz einer Waffe strikt unter-

nogrady

standen. Und wie das Revier schmä- cken sie sich mit dem plüschigen Rot- lichtcharme. Kann das funktionieren?

Aufwertung an belastetem Ort im Kreis 4

An der Ecke Militär-/Lang- strasse plant die Stiftung PWG die Erneuerung und Erweiterung eines Wohnhauses.

Die Kreuzung Militär-/Langstrasse ge- hört zu den exponierten Orten der Stadt: Sie liegt in unmittelbarer Nähe des Sexmilieus und wird seit Jahren von Dealern, Drogenabhängigen und Alko- holikern frequentiert. Dass dort den- noch weiter gewohnt und gearbeitet werden soll, unterstreicht jetzt die städ-

Preisgünstige Wohnungen Städtische Stiftung PWG

Die Stiftung PWG begann ihre Tätigkeit vor 20 Jahren mit einem Stiftungskapital von 50 Millionen Franken. Sie geht auf eine Volks- initiative aus dem Jahr 1985 zurück und will gemäss Statuten Liegenschaften erwerben, «um in bestehenden oder allenfalls neu zu erstellenden Bauten preisgünstigen Wohn- raum und preisgünstige Räumlichkeiten für Kleinbetriebe zu erhalten bzw. zu schaffen» und diese der Spekulation zu entziehen. Pro Jahr kauft die PWG fünf bis zehn Liegenschaf- ten. Zudem realisierte sie in den letzten Jahren verschiedene Neubau- und Umnut- zungsprojekte. Eines davon sind die Einbau- ten in die Bögen des Eisenbahnviadukts im Kreis 5. Die PWG besitzt derzeit 140 Liegen- schaften mit 1200 Wohnungen und 140 Ge- werberäumen. Das Stiftungskapital ist auf 125 Millionen Franken angewachsen. Ziel der Stiftung ist, dass ihre Mietzinse 15 bis 25 Prozent tiefer sind als jene für vergleichbare Objekte privater Vermieter. (mth)

Dazu kommt, dass im Kreis 5 ständig Raum für das Nachtleben verlorengeht. Ersatz wird über den Gleisen gesucht.

tische Stiftung zur Erhaltung von preis- günstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) mit ihrem Projekt für die Wohn- liegenschaft Militärstrasse 115. Die PWG will das Gebäude grundlegend erneu- ern und erweitern, wie sie gestern mit- teilte. Die von ihr 2006 erworbene Lie- genschaft sei seit Jahrzehnten nicht mehr fachgerecht unterhalten worden.

Die PWG hat einen Projektwettbe- werb durchgeführt, der jetzt entschie- den ist: Die Jury hat das Projekt von Dar- lington Meier Architekten AG aus Zü- rich zum Sieger erkoren. Es handle sich um einen sorgfältigen, konsequenten und stimmungsvollen Vorschlag, der sich durch einen respektvollen Umgang mit der bestehenden Bausubstanz aus- zeichne, schreibt die PWG. Das wirke sich nicht zuletzt günstig auf die Bau- kosten und die neuen Mietzinse der

vielen sei es um die Ansiedlung des Partylebens im Kreis 4 aktiv gefördert. Und er ist noch heute überzeugt, dass Pionierbetriebe wie das Longstreet und

Wohnungen aus. Diese würden «unter Beachtung des gesteigerten Wohnstan- dards, jedoch mit Rücksicht auf die Ver- hältnisse der heutigen Mieterschaft fest- gesetzt», die auch ein Vormietrecht ge- niess. Es gebe keinesfalls Luxuswoh- nungen, die Mieten stiegen moderat, sagt Kornel Ringli von der PWG.

Der Baubeginn ist im Januar 2011 vor- gesehen, ein Jahr später soll die umge- baute Liegenschaft mit fünf Wohnun- gen und drei Gewerberäumen bezugs- bereit sein. «Wir verstehen das als we- iteren Beitrag zur Aufwertung an diesem belasteten Ort», sagt Ringli. Schon seit längerem bemühe sich die PWG, durch Hauskäufe die Quartieraufwertung mit- zugestalten. Froh über das Neubaupro- jekt zeigt sich auch Rolf Vieli, Leiter des städtischen Projekts Langstrasse Plus: «Das ist ganz in unserem Sinn.» (mth)



So soll die Liegenschaft an der Militärstrasse 115 ab Anfang 2012 aussehen. Visualisierung: PD

Gegen Tram zum Katzensee

Der Regierungsrat lehnt eine Tramlinie zum Katzensee ab. Dies schreibt er in seiner Antwort auf ein Postulat der SP-Kan- tonsräte Silvia Seiz-Gut (Zürich) und Marcel Burlet (Regensdorf). Sie hatten den Regierungsrat gebeten, den Ver- kehrsrichtplan so zu ändern, dass der Katzensee schnellstmöglich mit einer Tramlinie zwischen Zürich und Regens- dorf über die Wehntalerstrasse erschlos- sen werden kann. Das wichtige Naherho- lungsgebiet sei bisher mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht erreichbar. Im Sommer (Baden, Grillieren) und im Win- ter (Eislaufen) seien die Wiesen und der Wald in der näheren Umgebung des Kat- zensees mit Hunderten von Autos um- stellt. Deshalb, so die Postulanten, brau- che es eine Tramverbindung.

Die Kantonsregierung hält aber eine Verlängerung der im Richtplan einge- tragenen Tramlinie Bucheggplatz-Oerli- kon nach Affoltern und zum Katzensee sowie deren Umteilung von «mittel- bis langfristig» auf «kurzfristig» für «nicht gerechtfertigt». Es gebe dringendere und teilweise bereits gestartete andere Tramprojekte. Zudem würde eine sol- che Linie auch dem Konzept 2025 für die Tramnetzentwicklung widerspre- chen. Die Erschliessung des Katzensees mit einer Tramlinie sei auch aus Nach- fragesicht «nicht wesensgerecht» und wegen der hohen Kosten mit einem auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichte- ten öffentlichen Verkehr «nicht zu ver- einbaren», schreibt der Regierungsrat. Zudem könnte eine deutliche Verbesse- rung der Erreichbarkeit der Katzenseen einen unerwünschten zusätzlichen Nut- zungsdruck in einem ökologisch sensi- blen Gebiet auslösen. (mth)